

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Die 20 von zwei Zeilen 0,30 Centner, für sechs 0,45 Centner, für ein Monat 1,50 Centner, für ein Jahr 12,00 Centner. Die Druckgebühr für Druckarbeiten beträgt 0,20 Centner. — Für die Anfertigung von Inseraten und Plakaten kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Bezugpreise: Für den Monat Juli 1 O. Mark, für drei Monate 3 O. Mark, für sechs Monate 5 O. Mark, für ein Jahr 10 O. Mark. Postzusatz für Monat Juli 200 Centner, für die Deutsche Reichspost monatlich 2 R. 15. Kreuzveränderungen: im Inlande monatlich 0,90 Centner, nach dem Ausland 1,20 Centner. Einzelnummer 10 O. Pfennig

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-N., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 20024, 27981, 27982, 27983. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postfach: Dresden 2060

Nr. 159

Freitag, 10. Juli 1925

XXXIII. Jahrg.

Besprechungen über die Räumung der Ruhr

Erste Anzeichen des beginnenden Abzugs — Ueberhaupt keine Debatte über die außenpolitische Lage? Keine Aussichten auf Beilegung des deutsch-polnischen Zollkrieges

Vertagung der Zollvorlage?

B. Berlin, 9. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Ob die Zollvorlage noch in der laufenden Tagung verabschiedet werden wird, ist immer noch — auch nach der gestrigen Besprechung zwischen dem Kanzler und den sogenannten „Regierungsparteien“ — überaus zweifelhaft. Es wird darauf ankommen, ob es diesen Parteien gelingt, ein Kompromiß über die Korrosivität zu finden, und weiterhin wird selbstverständlich außerhand noch von der Stärke und Festigkeit einer etwaigen sozialdemokratischen Opposition abhängen. Nach den gestrigen wiederholten Bemerkungen über die Verhältnisse im Reichstag — erst im Mittelrat und später bei der sogenannten Führerbesprechung beim Kanzler — stehen die Dinge etwa so: Man hofft, mit den Auswertungsarbeiten bis zum 15. Juli fertig zu sein. Die Steuererfolge werden aber zu diesem Termin schwerlich schon vollständig mit der Verhandlung im Plenum reif sein. Man vermutet, daß der Generalsekretär seine Arbeiten nicht erst zum 20. oder 21. Juli abschließen kann dürfte. Es ergibt sich also eine Pause von nahezu zwei Wochen. Dementsprechend glaubt man bis zum 15. Juli des Kompromiß in der Zollvorlage gefunden hat und dann mit der zweiten Lesung der Zollvorlage im Plenum beginnen könne. Auch der Kanzler scheint nach dieser Richtung hin einen Zweck aufgedacht zu haben. Es ließe sich aber auch denken, daß man nach dem 18. über Außenpolitik und Brand-Rote zu reden anfänge. Aber nach diesen Richtungen hin ergeben sich Zweifel. Es

gibt eine ganze Anzahl Leute im Reichstag, die nicht recht glauben wollen, daß die außenpolitische Aussprache im Plenum zu handlungsfähig sei. So bleibt es immer wahrscheinlich, daß man sich mit der Verlängerung der Tagung um eine Woche begnügt, Finanz-, Steuer- und Rüstungsgesetze erledigt und die Zollvorlage bis zum Herbst verschiebt. In Wahrheit hat diese im Augenblick auch nicht mehr die Dringlichkeit wie vorher. Die Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich sind abgebrochen, mit Polen stehen wir im Zollkrieg. Es wird also absolut nichts veräußert, wenn das Instrument für die Handelsvertragsverhandlungen im Herbst fertiggestellt wird.

Eine Ebertkrise im Reichstag

X. Berlin, 9. Juli. Vor dem Präsidentenrat im Reichstag wurde gestern probeweise eine Ebertkrise des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert auf einer fernwärtigen Holzstraße aufgeführt. Der Todestag wird voraussichtlich in Marmor aufgeführt werden. Die bisher an diesem Tage aufgeführte Szene des Generalfeldmarschalls v. Falken soll als Gegenstück zu einer Szene Eberts im Vortrag II auf der großen Treppe zum Reichspräsidenten aufgeführt werden. Zwischen diesen beiden Eberten soll voraussichtlich die Statue des alten Kaisers, die sich bisher im Ruppelraum der Wandelhalle befand, aufgestellt werden.

Politische Hundstage

Beinahe hätten wir Hundstagswahlen in Sachsen gehabt! Das ist nun, Gott sei Dank, durch das geringe Fehlen des Landtages verhindert worden. Die Landtagsmehrheit zeigte mehr politische Vernunft und staatsmännische Einsicht als die Herren des Berliner Parteivorstandes, die so plötzlich und unerwartet Neuwahlen in Sachsen „anordnen“ zu können glaubten.

Dieser Beschluß war ein richtiger Handstreich. Die Hundstage beginnen zwar kalendermäßig erst am 23. Juli. Aber die sensiblen Sinne unserer Parteipolitiker scheinen schon heute auf ihre heranwachsenden Bekanntheit zu reagieren. Eine allgemeine Nervosität hat sich der Reichshauptstadt, soweit sie politisch in Frage kommt, bemächtigt, und parlamentarische Miniaturkrisen in Sachsen war nur ein letzter Ausläufer dieser nervösen Spannungen. Die Sachsen haben sich nicht nur abgelehnt, sich ihre wohlverdienten Sommerferien durch unnützes parteipolitisches Gerede verderben zu lassen. Die Koalition hat geflickt, und das ist gut so! Trotz der großen Reife des deutschnationalen Abgeordneten Beutler, der sich goldene Berge von Neuwahlen versprach, dem die jetzige Koalitionsregierung nicht „homogen“ genug war und der die Meinung ausdramatisierte, daß die Neuwahlen werden überhaupt erst einmal eine homogene bürgerliche Mehrheit heraufbeschwören. Das rein siffernmäßige eine bürgerliche Mehrheit zustande kommt, ist schon möglich. Fragt sich nur, ob sie auch homogen sein wird. Der Abgeordnete Bille, der sich gestern entschieden gegen die Auflösung wandte, hatte ziemlich erhebliche Zweifel an dieser Homogenität. Und wenn man an den parteipolitischen Wirrwarr im Reich denkt, so man doch ausenblicklich siffernmäßig über eine gesicherte bürgerliche Mehrheit verfügt, so kann man ihm darin nur recht geben. Zwischen dem äußersten Linken und dem äußersten Rechten fängt, dessen, was sich in Deutschland heute gewöhnlich bürgerliche Mehrheit zu nennen pflegt, besteht meist sehr wenig Gemeinsamem.

Wäre es nicht gewesen, den Landtag zu diesem Zeitpunkt aufzulösen, nur weil es einigen Parteiführern auf der Linken und Rechten in den Kram paßt.

Man hat sich also in Sachsen in keinerlei Hundstagsverwirrung hineintreiben lassen. Man hat sich offen ausgesprochen. Die Situation ist geklärt. Jeder weiß, woran er ist. In Berlin dagegen weiß zur Zeit niemand, woran er ist. Von Klarheit ist keine Rede. Und von einer offenen Aussprache noch weniger. Vorläufig ruht man sich zunächst einmal um die Frage, ob man sich offen aussprechen soll oder lieber nicht. Es spricht sich über die Sachverhalte nicht doch noch weniger geäußert wäre, als wenn man jede Partei rückwärts dazu zwingt, offen zu erklären, was ist und was sie redet.

Der Kanzler hat gestern im Auswärtigen Ausschuss erklärt, die Regierung habe eine Erörterung im Plenum vor Ablehnung der Sicherheitsfrage nicht für zweckmäßig. Sie halte dagegen an der Auffassung fest, daß nach der Ablehnung eine Erörterung im Plenum allerdings angezeigt sei. Das war das einzige Positive in der Erklärung. Im übrigen verharre der Kanzler bei einigen lebenswichtigen Allgemeinheiten.

Man traut dem Ausschuss auf Grund früherer unliebsamer Erfahrungen im Ausschuss nicht ganz, hat durch die Indiskretionen. Natürlich nicht ganz mit Unrecht. Denn obwohl die Beratungen als vertraulich und streng geheim bezeichnet wurden, konnte man doch gestern abend und heute morgen in der Berliner Presse so ziemlich alles lesen, was in dieser „absolut geheimen und streng vertraulichen“ Debatte gesagt worden war.

Viel Geheimnisvolles erzählt man allerdings dabei nicht. Dr. Breitscheid soll den Minister des Reiches darauf hingewiesen haben, daß er doch selber vor acht Tagen eine Debatte nach vor Ablehnung der Rote dringend gemahnt habe. Worauf Dr. Stresemann erwiderte, er lege auch grundsätzlich noch heute auf diesem Boden. Aber nur grundsätzlich. Praktisch hätten sich doch allerlei Bedenken erhoben gegen eine Aussprache vor Ablehnung der Rote. Worauf mit Recht von einigen Abgeordneten erwidert wurde, diese Bedenken beständen doch ebenso für die Zeit nach der Ablehnung. Von dem bekannten Vertrauensvotum war gar keine Rede mehr. Von den Demokraten wurde betont, es sei unbedingt notwendig, zu wissen, wie die Regierung eigentlich zur Sicherheitsfrage stehe. Hermann Müller-Franke erklärte dem Kanzler, es handle sich doch nicht darum, die Antwortnote von 407 Abgeordneten redigieren zu lassen, sondern vielmehr darum, die Unklarheiten der Außenpolitik aufzuklären und vor allem die Haltung der deutschnationalen sogenannten Regierungspartei zu klären.

Man kann natürlich prinzipiell sehr verschiedener Meinung über den Wert einer solchen Debatte sein. Von den Gegnern wird immer wieder erklärt, der Deutsche Reichstag sei nicht reif für solche schwierige außenpolitische Aussprachen. Immerhin läßt sich dagegen wieder sagen, daß man sich entweder nicht die freie Verfassung der Welt geben darf mit einem formal zum mindesten allmächtigen Reichstag, oder aber, wenn man sie sich gegeben hat, auch von ihr Gebrauch machen muß, falls man sie nicht völlig ändern will. In England vergeht keine Woche, ohne daß die Regierung nicht entweder im Oberhaus oder im Unterhaus — und sei es nur vermittelst des bis zur höchsten Kunst ausgebildeten Frage- und Antwortspiels vor Eintritt in die Tagesordnung — Auskunft über die Außenpolitik gäbe, ohne daß sie dabei Angst hat, sich „irgendwie schuldigen“, was das Schreckensgespenst aller deutschen Regierungen ist. Herr Dr. Luther hat gestern erklärt, die Regierung halte an einer Aussprache im Plenum nach Ablehnung der Rote fest. Man weiß nicht recht, ob bei dieser Erklärung nicht ein leiser Nachschuß unausgesprochen blieb, nämlich — wenn dann noch ein Plenum da ist. Man spricht wenigstens heute bereits davon, daß möglicherweise gar keine Zeit mehr vorhanden sein könnte für eine außenpolitische Debatte. Es sei noch soviel zu erledigen und der Reichstag werde sich kaum bis Ende Juli oder gar in den August hinein zusammenhalten lassen.

Das heißt: man verlangt zunächst eine sofortige Debatte, dann eine verfrühter Debatte, und schließlich erlegt man sich auf gar keine Debatte. Und jeder Entschluß wird heute mit den kleinsten Umständen bezeugt, und der planmäßige ein

Bandervelde bei Briand

Um die Räumung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort

Telegramm unseres Korrespondenten
Paris, 9. Juli. Der belgische Außenminister Bandervelde hatte gestern abend eine vierstündige Unterredung mit dem französischen Außenminister Briand, die den beiden Staatsmännern Gelegenheit gab, einen einwöchigen Zeitungsbesprechungsbericht zu lesen. Bandervelde teilte dem französischen Außenminister mit, daß die belgischen und moralischen Taten eine weitere Besprechung stattfinden werde. Den belgischen Außenminister läßt sich entnehmen, daß die Räumung der drei Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort nicht eine rein französische, sondern eine internationalisierte Angelegenheit sei, und daß über die Räumung dieser drei Städte gegenwärtig internationalisierte Verhandlungen gepflogen würden. Zur Räumung der Ruhr sei die belgische Seite ebenfalls bereit, und daß die Räumung der Ruhr die Belohnung einer französischen politischen Leistung im Ruhrgebiet wäre. Briand erklärte, daß er sich, obwohl er Mitglied der Regierung sei, in seiner Meinung als Außenminister nicht einmischen würde, doch sei er als aktiver Staatsmann zu wichtiger Zurückhaltung verpflichtet.

verschiedenen Stadtverwaltungen ersuchen daher die Bevölkerung, beim Abmarsch der Truppen jegliche Zwischenfälle zu vermeiden.

Ein günstiges Zeichen?

d. Düsseldorf, 9. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der Funktionäre Verein Düsseldorf hatte an die Besatzungsbehörde einen Antrag auf Genehmigung eines Radiopfangapparates gerichtet. Darauf hat er mündlich die Antwort erhalten, der Antrag werde zurückgegeben, weil er in ganz kurzer Zeit ohnehin gegenstandslos werde. Das ist die erste Äußerung der Besatzung zur nahe bevorstehenden Räumung auch von Düsseldorf.

Nach der Niederlage

Spanisch-französische Friedensverhandlungen
Telegramm unseres Korrespondenten
London, 9. Juli. Die diplomatische Korrespondenz der „Daily Mail“ teilt mit, daß zwischen Spanien und Frankreich ein Friedensvertragsvertrag für 1925 im Entstehen begriffen werden. Der Vertrag sieht die Abgabe der spanischen Gebiete an die französische Republik vor, allerdings unter der formellen Oberhoheit des Kaisers von Marokko. Es handelt sich also um ein Randesgebiet über das Mittelmeer. Spanien soll die Mittelmeerküste, die es gegenwärtig besetzt, behält und ein kleines Gebiet als Hinterland. „Daily Mail“ teilt weiter mit, der spanische Ministerpräsident Salmeron werde in der heutigen Sitzung darüber Mitteilung machen.

Neue Niederlagen der Franzosen

Telegramm unseres Korrespondenten
Paris, 9. Juli. Die Berichte aus Marokko lauten weiterhin ungünstig. Neuerdings wurden hier bei Mezza verschiedene französische Soldaten überfallen, auch an Kriegs- und Wundmaterial sind große Verluste zu verzeichnen. General Colombat ist an einem Kopfverletzung erkrankt und von der Front nach Belgien zurückgezogen. — In der heutigen Kammerdebatten wird hauptsächlich über die Frage gesprochen werden, ob Marokko Spanien gewisse Vorteile, die es besitzt, entzogen werden sollen.

Die Inflationen in Italien

Rom, 9. Juli. Der Finanzminister C. Segni und der Wirtschaftsminister Rava sind in Verhandlungen.

Baldige Räumung Köln?

Telegramm unseres Korrespondenten
London, 9. Juli. Der Staatssekretär des Reiches, Sir Evans, ist gestern nachmittags nach Köln abgereist, um die englische Rheinarmee zu inspizieren. Dieser Besuch hängt, wie in belgischen politischen Kreisen erklärt wird, mit der baldigen Räumung der Kölner Zone zusammen.

Der Abzug aus den Ruhrstädten bevorstehend

Berlin, 9. Juli. Die Stadtverwaltungen von Gattlingen, Witten a. d. R., Bochum, Gelsenkirchen und Recklinghausen haben, wie die Wälder hören, von den Besatzungsbehörden die Mitteilung erhalten, daß sämtliche Quartiere im Laufe dieses Tages zurückgegeben werden sollen. Mit dem Abmarsch der Truppen sei Ende dieser Woche zu rechnen. Das in Gattlingen und Witten stationierte Infanterieregiment werde nach Worms verlegt.

Die Bevölkerung wird jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß der Abzug der Truppen keineswegs gleichbedeutend ist mit der endgültigen Räumung und Freigabe der Ruhrgebiete. So gilt nach den bisherigen Mitteilungen das Stadtgebiet Recklinghausen vielmehr bis zum 15. August d. J. als belagertes Gebiet. Die